

## Weitere Vertuschungsversuche in Buer.

Die Gewaltmaßnahmen der Franzosen gegenüber den deutschen Zeugen in der Morbiache nehmen ihren Fortgang. Der Hauptzeuge, der Bergmann Wilh. Winkling, ist bis zur Stunde noch in französischer Haft. Freitag mittag erschienen französische Kriminalbeamte und Soldaten in der Wohnung dieses Zeugen und erklärten der Ehefrau, ihr Mann habe die Tat bereits eingestanden, sie möge den in der Wohnung befindlichen Revolver, mit dem die Offiziere erschossen worden seien, herausgeben. Da die Frau erklärte, daß ihr Mann unmöglich der Täter sein könnte und niemals einen Revolver besessen habe, durchsuchten die Franzosen die ganze Wohnung, ohne jedoch eine Waffe zu finden.

Ein Gastwirt, der von Montag mittag bis heute früh in französischer Haft festgehalten wurde, ist während der Dauer seiner Gefangenschaft fast ununterbrochen einem Kreuzverhör unterzogen worden. Er blieb jedoch bei seiner ersten Aussage. Das Bestreben der Franzosen geht nunmehr dahin, die Tat Belgien zuzuschreiben. So sollte der Gastwirt erklären, der Zeuge Bergmann Winkling hätte ihm gleich nach der Tat gesagt, belgische Soldaten seien eilig davongelaufen.

Im Keller des Gymnasiums in Gastrop werden nicht weniger als neun deutsche Journalisten gefangen gehalten. Die meisten von ihnen sind verhaftet worden, weil sie über die Vorgänge in Buer Meldungen verbreitet haben, die den Franzosen missfallen. Die Franzosen stellen auch Nachforschungen an darüber, aus welcher Quelle die Zeitungen die fraglichen Meldungen erhalten haben. Für Montag ist eine kriegsgerichtliche Verhandlung angesetzt worden, in der sich die deutschen Journalisten wegen der Beschuldigung, unrichtige Nachrichten verbreitet zu haben, zu verantworten haben werden.

## Die Eintreibung der Kohlensteuer.

Die Zechen des Ruhrgebiets wurden bekanntlich von der Besatzungsbehörde aufgefordert, bis zum 10. bzw. 15. März die seit Oktober 1922 fällige Kohlensteuer an die Franzosen abzuführen. Dabei war für jeden folgenden Monat eine höhere Steuersumme als für den vorhergehenden festgesetzt worden. Die Zechen haben, wie nicht anders zu erwarten war, die französische Forderung nicht erfüllt. Daraufhin ist jetzt, wie die Deutsche Bergwerkszeitung erfährt, den Zechen eine neue Zahlungsaufforderung mit einer Frist bis Ende März zugegangen, und zwar wird der höchste Monatssteuerbetrag jetzt für alle Monate gefordert. Für den Weigerungsfall werden den Zechen neue Zwangsmaßnahmen angedroht.

In Gelsenkirchen erschien Freitag nachmittag eine Abordnung französischer Soldaten auf der Zeche Bismarck, um Kohlensteuer in Empfang zu nehmen. Als dieses Ansuchen mit dem Hinweis abgelehnt wurde, daß die Kohlensteuer nur an Deutschland bezahlt würde, besetzten die Soldaten die Hafenanlage der Zeche und versuchten, zum Teil mit den Händen, Kohlen zu verladen. Die Besatzung der Zeche und der Hafenanlage trat in einen ständigen Proteststreik ein. Die Anlagen werden noch besetzt gehalten.

Belgische Truppenabteilungen haben die Rheinhäfen von Balfum und Schwegler (Thyssenhafen) besetzt. Verkehrsdirektor Boulanger von der August Thyssen-Hütte wurde wegen Nichtbefolgung eines militärischen Befehls verhaftet. Desgleichen wurde der Direktor und Vetter der volkswirtschaftlichen Abteilung der Gute-Hoffnungshütte Schirmansky verhaftet.

## Schweres Eisenbahnunglück bei Friemersheim.

In der Nähe von Friemersheim hat sich ein schweres Eisenbahnunglück ereignet. Ein Militärtransport, in welchem sich Kavalleristen mit Pferden befanden, stieß auf einen leeren Güterzug, und zwar mit solcher Wucht, daß die Wagen sich acht Meter hoch übereinandertürmten. Mehrere Personen wurden teils getötet, teils schwer verletzt. Die Unfallstelle ist in weitem Umfange abgesperrt, so daß es schwer ist, etwas Näheres zu erfahren.

Ein Augenzeuge des Eisenbahnunglücks schätzt die Zahl der Getöteten auf 25. Die Zahl der Verletzten scheint auch sehr groß zu sein. Schrecklich sei der Anblick der ebenfalls in großer Zahl getöteten und verletzten Pferde gewesen. Das französische Militär ging, während deutsche Ärzte die Verletzten verbanden, gegen das Publikum in schroffer Weise vor und traktierte es mit Kolbenstößen.

## Französischer Einspruch gegen die Dollaranleihe.

Die Reparationskommission hat sich mit einem Einspruch der französischen Abordnung gegen die Ausgabe einer deutschen Dollaranleihe beschäftigt. Die Franzosen machen geltend, daß der Friedensvertrag von Versailles den Alliierten für die Entschädigungszahlungen eine Generalhypothek über sämtliche deutschen Einnahmequellen einräume. Auf Antrag des italienischen Stellvertretenden Delegierten Baron d'Ameglio wurde das juristische Komitee mit der Prüfung der Angelegenheit beauftragt. Die französische Abordnung überreichte sodann eine Beschwerde darüber, daß die deutsche Regierung für die Ausführung der von De Trocquer angeregten großen Arbeiten im Innern Frankreichs jetzt noch keine Vorschläge eingereicht habe.

Das Vorgehen der französischen Regierung kommt nicht ganz überraschend, denn bereits vor einigen Tagen war in der französischen Presse die Frage aufgeworfen worden, ob nicht die Alliierten in der Lage seien, die Anleihe zu sabotieren, dadurch die Marktlage zu unterbinden und so letzten Endes die deutsche Abwehraktion gegen die Ruhrbesetzung zu Fall zu bringen. Früher waren das die berüchtigten Kammerreden des französischen Ministerpräsidenten, welche jedesmal im Augenblick einer sich vorbereitenden Weigerung des Marktkurses aekfentlich während

eingriffen, diesmal soll der Versailler Vertrag dazu dienlich gemacht werden, Deutschlands finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruch zu beschleunigen.

Die Reichsbank ist nun aber ein autonomes, ausschließlich auf Privatkapital gegründetes und von der Reichsregierung völlig unabhängiges Bankinstitut.

Daß Frankreich es fertig bringen sollte, gegenüber diesem tatsächlichen Bestande in die Emission einzugreifen, also eine weitere flagrante Rechtsverletzung auf die alten zu häufen, erscheint völlig ausgeschlossen. Wie schon allein aus dem Prospekt hervorgeht, ist alles geschehen, um einem Eingriff der Alliierten vorzubeugen. — Uebrigens hören wir noch, daß die Zeichnungen auf die Dollaranleihe sich sehr zufriedenstellend anlassen und daß die Devisenbestände der Reichsbank bereits jetzt hierdurch eine wesentliche Kräftigung erfahren haben.

## Wieder Kontrolle durch französische Offiziere.

Zwischen dem Auswärtigen Amt und der Interalliierten Militärkontrollkommission hat während der letzten Wochen über die Beteiligung französischer und belgischer Offiziere an Kontrollhandlungen ein Schriftwechsel stattgefunden. Es ist nicht gelungen, die Kommission dazu zu bewegen, daß sie diese Offiziere während der gegenwärtigen kritischen Periode aus der Kontrolle ganz zurückhält; sie hat im Gegenteil erklärt, daß sie die in dieser Hinsicht bis zum 15. d. M. geübte teilweise Zurückhaltung jetzt aufgeben und jene Offiziere in vollem Umfange wieder an der Außenkontrolle beteiligen will. Für den Beginn der kommenden Woche sind bereits eine ganze Reihe von Kontrollhandlungen angesetzt, an denen sich französische und belgische Offiziere — teilweise sogar in Uniform — beteiligen werden.

Die Reichsregierung ist nicht in der Lage, die Kommission an der Ausführung dieses bedauerlichen Entschlusses, über deren psychologische Wirkungen sie nicht im Unklaren gelassen worden ist, zu verhindern. Es bleibt ihr daher nur übrig, die Öffentlichkeit nochmals mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß auch die französischen und belgischen Kontroll-Offiziere für uns nicht als Organe ihrer Regierungen, sondern lediglich als Organe einer interalliierten Räteregierung zu gelten haben, in der auch diejenigen alliierten Hauptmächte vertreten sind, die sich an der Ruhrgebietsaktion nicht beteiligen. Jede Ausschreitung gegen einen dieser fremden Offiziere ist geeignet, der Reichsregierung unabsehbare außenpolitische Schwierigkeiten einzutragen.

Angeht die Beunruhigung, die diese Tätigkeit in der Bevölkerung hervorzurufen ansetzt, hat die Reichstagsaktion der Deutschnationalen Volkspartei den Beschluß gefaßt, diese Mitteilung zum Gegenstand einer Interpellation im Reichstage zu machen.

### Der Terror im Ruhrgebiet.

Bochum, 16. März.

Nachdem von den Franzosen die Auflösung und die Ausweisung der Schuppolizei in Essen erzwungen worden ist, sind nunmehr vorgezogen und gestern auch etwa 40 Kriminalbeamte verhaftet und angeklagt nach Werden abtransportiert worden. — Am Donnerstagabend wurde der stellvertretende Polizeipräsident von Essen Regierungsassessor Richus verhaftet. — Postmeister Marcus aus Dämpfen ist vom französischen Kriegsgericht in Werden-Ruhr zu einem Jahr Gefängnis und vier Millionen Mark Geldstrafe verurteilt worden. Die Telegraphenarbeiter Bangel und Steffen wurden bei einer Störungsbeseitigung verhaftet und nach Werden-Ruhr übergeführt.

### Vaterländische Woche in München.

München, 17. März.

Die Deutsche Volkspartei veranstaltet in München vom 17. bis 25. März eine große vaterländische Woche, in deren Verlauf auch die Reichstagsabgeordneten v. Karborff und Dr. Becker sprechen werden.

## Herabsetzung der Kohlenpreise?

Zur wirksamen Bekämpfung der Teuerung.

Im Reichswirtschaftsministerium fand am Freitag unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsministers Dr. Becker eine Besprechung statt über zu treffende Maßnahmen bezüglich des Preisabbaues. An dieser Sitzung nahmen Industrievertreter, Gewerkschafts-



Ein Dokument der französischen Greuel.

Leiche eines in Oberhausen ermordeten Beamten. (Nach einer Photographie angefertigt.)

führes, Vertreter des Groß- und Kleinhandels, der Konsumgenossenschaften und der Hausfrauenorganisationen aus dem ganzen Reich teil. Bemerkenswert an dieser Besprechung war die Mitteilung des Reichswirtschaftsministers, daß man sich in Regierungskreisen ernstlich mit dem Gedanken trage, die Kohlen durch die Herabsetzung der Kohlensteuer zu verbilligen. In Industriekreisen war man sich darüber einig, daß ein Preisabbau nur geschehen könne durch eine Stabilisierung der Mark. Großhandel und Kleinhandel betonten, daß ein Preisabbau in der Praxis nur durchgeführt werden könne durch eine Ermäßigung der Eisenbahnfrachten. Die in dieser Besprechung gegebenen Anregungen werden vom Reichswirtschaftsministerium zur weiteren Beratung im Auge behalten.

## Annahme des Kohlensteuergesetzes.

In dritter Lesung wurden am Freitag im Reichstage die Gesetze über die Ausstellungsgewährungen für Arbeitsbücher und über Verlängerung der Zudeckungsfrist der Weine des Jahrgangs 1922 bis zum 31. Juli ohne Aussprache angenommen, desgl. ein Kompromißantrag aller Parteien auf Erhöhung der Unterstützung der Rentempfänger aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung.

Es folgte die 2. Lesung des Kohlensteuergesetzes, über dessen Ausschlußberatung Abg. Leopold (Dnat.) Bericht erstattet.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes wiederholt die im Ausschuß bereits abgegebene Erklärung, daß die Reichsregierung bereit ist, einen Beschluß des Reichskohlenrats auf Ermäßigung der Kohlensteuer zur Grundlage ihrer Entscheidung zu nehmen. Darüber hinaus ist die Reichsregierung bereit, ihrerseits auf Grund des § 11 die Initiative zu einer noch festzusetzenden Ermäßigung der Kohlensteuer zu ergreifen (Beifall), allerdings unter einer Voraussetzung, nämlich daß auch der Verbau seinerseits bereit sein wird, in gleicher Weise an der Senkung des Kohlenpreises mitzuwirken.

Abg. Girbig (Soz.) glaubt nicht, daß der Reichskohlenrat leichtens Herabsetzung der Kohlensteuer vorschlagen werde, und bemängelt die Kohlenpreiserhöhung.

Nach einer längeren Rede des Kommunisten Roemer wird die allgemeine Aussprache geschlossen und zur Feststellung der vom Kommunisten Eichhorn angezwungenen Beschlussfähigkeit geschritten. Das Haus ist beschlußfähig. Einige weitere Obstruktionsversuche werden durch Schlussanträge abgewiesen.

In der Gesamtabstimmung wird in zweiter und dritter Lesung das ganze Gesetz angenommen.

Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages hat am Freitag einen Antrag angenommen, nach dem die Mitglieder der Krankenkassen bis zu einem Viertel zu den Kosten von Arzneien und Heilmitteln herangezogen werden können.

## Inland und Ausland.

Die Freigabe des deutschen Kleineigentums in Triest. Nach einer Bekanntmachung des Präfekten von Triest vom 23. Februar 1923 hat der italienische Minister für Handel und Industrie die Anwendung des Dekrets vom 7. November 1920 betr. die Freigabe des deutschen Kleineigentums bis zu 50 000 Lire auch zugunsten der deutschen Staatsangehörigen in den neuen italienischen Provinzen angeordnet.

Oesterreichisch-deutsche Paß- und Grenzfragen. Der deutsche Gesandte Dr. Pfeiffer begibt sich nach Berlin, um mit der deutschen Regierung u. a. die zwischen Deutschland und Oesterreich schwebenden Paß- und Grenzfragen zur Sprache zu bringen.

Wieder Kohlenzüge nach Holland. Die seit Ende Februar gesperrte Ausfuhr von Kohlen nach Holland über Dorten ist wieder freigegeben worden, so daß 21 Kohlenzüge abgelassen werden können. Für Monat März sind täglich vier Züge zur Ausfuhr nach Holland freigegeben worden.

Ein furchtbares Kriegswerkzeug. Oberst Guinness der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium, gab Aufschlüsse dem Unterhaus über den verbesserten englischen Tank. Der neue Typ, mit dem ein ganzes Tankbataillon ausgerüstet werden soll, besitzt eine Fahrgeschwindigkeit von insgesamt 100 Meilen und eine Schnelligkeit von 25 Meilen in der Stunde, d. h. also die Geschwindigkeit eines Personenzuges.

Das neue bulgarische Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen: Vorsitz und Äußeres sowie interimistisch Handelsminister: Stamboliski; Inneres: Schybanoff; Finanzen: Janschi; Krieg: Murawiew; Öffentliche Arbeiten: Bataloff; Justiz: Duparionoff; Eisenbahnen: Athanasoff; Landwirtschaft: Oboff; Unterricht: Omarschewski.

### Ein ungetreuer Nachfolger Lessings.

Wolfenbüttel, 17. März.

Der Direktor der Wolfenbütteler Landesbibliothek, Dr. Verbe, wird beschuldigt, für sich zahlreiche Bände der Bibliothek verkauft zu haben. Er wurde vorläufig seines Amtes enthoben. Die gerichtliche Untersuchung gegen ihn ist eingeleitet. Die Stellung des Wolfenbütteler Bibliothekars hatte einst Lessing bekleidet.

## Dringende Bitte an unsere Leser!

In amerikanischen Intellektuellenkreisen geht man mit den Gedanken um, schon diesen Sommer eine Reihe von Gemeinschaftsreisen nach Deutschland zu organisieren, um über die deutschen Verhältnisse Klarheit zu gewinnen und um Beziehungen zu deutschen intellektuellen und anderen Kreisen anzubahnen. Es ist das um so erfreulicher, als die Amerikaner, die bis jetzt herübergekommen sind, zu der deutschen intellektuellen Mittelschicht keine Beziehungen gesucht und gefunden haben. Um die amerikanische Bewegung zu unterstützen, wäre es äußerst wertvoll, wenn jeder Deutsche, der Beziehungen nach Amerika hat, umgehend die Adressen seiner dortigen Verwandten und Freunde, ganz besonders, wenn sie anglo-amerikanischer Abstammung sind, der Wirtschaftsstelle der Provinzpresse (Abteilung Propaganda) in Berlin SW 68, Markgrafstraße 4, angedeutet würde. Jede weitere Auskunft wird von dieser Stelle erteilt.